

Volkstimme

Einzelpreis 130000 M

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfan-
kuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für
die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. —
Bezugspreis: Wöchentlich 700000 Mark, Abnehmer 685000 Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile örtlich 1,40 M., auswärts
1,80 M.; Familienanzeigen und Stellenangebote 0,80 M.; Vereinskalender 1,60 M.; die dreigeplante, 90 Millimeter
breite Kettzeile örtlich 7,00 M.; auswärts 9,00 M. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des
Deutschen Buchdrucker-Vereins, zurzeit 128 000. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach
Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 206.

Magdeburg, Mittwoch den 5. September 1923.

34. Jahrgang.

Wir warten auf Taten!

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Die Reichsregierung hat bei der Uebernahme der Geschäfte ein Erbe angetreten, das in finanzieller Hinsicht von maßgebenden Wirtschaftskennern als eine große Schweinerei bezeichnet wird. Das Sinnen und Trachten des neuen Kabinetts muß deshalb darauf gerichtet sein, diesem Zustand mit allen Mitteln ein Ende zu machen, vor allem aber, soweit es möglich ist, dafür zu sorgen, daß die Schweinerei, die eigentlich vor dem Staatsgerichtshof ihre Charakteristik finden müßte, nicht noch größer wird. Dazu gehören in erster Linie eine Verständigung über die

Teilegung des Ruhrkonflikts

und innerpolitische Maßnahmen radikalster Art. Der Reichskanzler ist sich dessen voll bewusst und er hat hierfür in seiner Stuttgarter Sonntagsrede einen Beweis geliefert, der der besonderen Anerkennung wert ist. Vor allem — und das rechnen wir dem volksparteilichen Kanzler hoch an — kapituliert er trotz der Drohungen der äußersten Rechten und der äußersten Linken nicht vor der „nationalen“ Strafe, wie es unter dem vergangenen Kabinetts gang und gäbe war. Er ging konsequent den bisher beschrittenen Weg und machte einen weiteren Schritt, der der Welt erneut den Verständigungswillen Deutschlands zeigt, und die Bereitschaft der Reichsregierung zum Ausdruck brachte, eine außenpolitische Aktivität durch Ruhe und Ordnung im Innern zu unterstützen und die zu diesem Zweck notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Wenn Stresemann den Gedanken der wirtschaftlichen Verständigung,

der ihm vorschwebt, nicht noch eingehender präzipierte, als er es getan hat, dann geschah das aus guten Gründen. Die Regierung hat die ersten Schritte zu einer außenpolitischen Aktivität gemacht, und sie muß diese Arbeit vor allem erst in Paris wirken lassen, bevor in der Öffentlichkeit über bestimmte Fragen, die zwischen vier Wänden zur Diskussion standen, weitere Erörterungen angestellt werden. Dennoch ist der Rahmen der von dem Kabinetts erstrebten Verständigung, soweit als möglich, erneut klar umrissen worden. Deutschland will

produktive Pfänder im ganzen Reich

zur Verfügung stellen, deren Ertragswert den von Frankreich ausschließlich an der Ruhr geforderten Pfändern entspricht. Es will mit den gesamten deutschen Eisenbahnen, der ganzen deutschen Wirtschaft für die an die Entente zu leistenden Zahlungen haften und erklärt sich haushälterisch bereit, auch politische Sicherheiten zu geben, die den Bestand Frankreichs ein für allemal sicherstellen sollen. Fast alles, was wir an Pfändern zu vergeben haben, wird so der französischen Regierung geboten! Mehr kann eine deutsche Regierung wahrhaftig nicht zur Verfügung stellen, als von Stresemann in seiner am Sonntag in Stuttgart gehaltenen Rede klar formuliert zum Angebot gemacht wurde. An eine Voraussetzung aber sind unsere Zugeständnisse geknüpft. Diese Voraussetzung, die

ein Moratorium

betrifft, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit und wird als solche bereits von vielen Finanzfachverständigen der Welt betrachtet und selbst von französischen Wirtschaftspolitikern als durchaus notwendig anerkannt. Deutschland bedarf eines Moratoriums, das uns in den Stand versetzt, eine internationale Anleihe aufzunehmen, die vor allem auch dazu benutzt werden soll, die finanziellen Bedürfnisse Frankreichs zum Teil sofort zu befriedigen.

Nur soweit als notwendig soll die Hilfe des Auslandes in Anspruch genommen werden. Jede Gelegenheit zur Sanierung unserer Finanzen von innen heraus muß deshalb ergriffen werden. Der Reichskanzler hat mit erfreulicher Deutlichkeit keinen Zweifel darüber gelassen, daß hierzu jeder notwendige Schritt getan werden soll. Mit gutem Recht verwies er vor allem darauf, daß diejenigen, die dem Staate die finanzielle Hilfe verweigern,

hinter Schloß und Riegel gehören.

Wir wollen hoffen, daß dieser Auffassung des Kanzlers bald die Taten folgen und die jetzt in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen auch mit der genügenden Schärfe durchgeführt werden. Man muß sich innerhalb der Regierung klar darüber sein, daß das Vertrauen zur Mark bis zu weite Kreise der Arbeiterschaft hinein restlos geschwunden ist und

insolgedessen auch die Arbeiter ein wertbeständiges Zahlungsmittel fordern. Die Störungen bei der Ablieferung der Lebensmittel und die geminderte Arbeitsleistung sind schließlich Erscheinungen, die durch dieses Mißtrauen zur Mark mit hervorgerufen werden und die sich katastrophal auswirken können, wenn dem Mißtrauen in die Mark als Zahlungsmittel nicht durch Maßnahmen entgegen gewirkt wird, die vor allen Dingen auch einen Anreiz zur tatsächlichen Arbeitsleistung bieten. Die Arbeiterschaft hat sich noch niemals den Pflichten gegenüber dem Staat entzogen, und sie ist schließlich auch zu der vom Reichskanzler geforderten Ueberarbeit bereit, wenn dazu die Notwendig-

Dollar Amtliche Notiz vom **12500000 M.**
Montag 9 675 750
Dienstag mittag zirka

keit besteht. Aber solange heute noch Tausende und aber Tausende sich in unproduktiver Arbeit wohl fühlen, solange der

Verstoß nicht zu den Opfern herangezogen

worden ist, die notwendig sind und alles Sparen gleichbedeutend ist mit Selbsthädigung, kann der Staat auch von der Arbeiterschaft, auf deren Kosten Deutschland die Nachkriegsmonate überstanden hat, keine Unterstützung erwarten. Insbesondere die Bergarbeiterschaft hat erst im Verlauf des letzten Jahres durch Uebererschichten viel Verständnis für die Notlage des Landes gezeigt, aber es ist Tatsache, daß unsere Bergarbeiterführer gegenwärtig nicht gern von den unüberwindlichen Uebererschichten im Kohlenbergbau sprechen, weil sie erst den Erfolg der Regierung in der Heranziehung des Besitzes abwarten wollen. Ohne sichtbare Opfer des Besitzes, und dazu gehört die Erfassung der Sachwerte, die Stresemann ebenfalls als notwendig anerkennt, ist die Ueberstundenfrage keineswegs zu lösen.

Von vornherein muß man sich in den verantwortlichen Kreisen klar darüber sein, daß alle währungsrechtlichen und produktionsrechtlichen Maßnahmen auf die Dauer nur einen Sinn haben, wenn es uns gelingt, den Ruhrkampf in erträglicher Weise zu einem Abschluß zu bringen. Wir sind die letzten; die der im Kampfe stehenden Ruhrbevölkerung irgend etwas vorenthalten wollen und denen man schließlich den Vortritt der Aufforderung zur Kapitulation machen könnte. Aber es bleibt Tatsache, daß heute im Ruhrgebiet

Mittel verschwendet werden,

die besser an anderer Stelle Verwendung finden würden. Hier einen Abbau vorzunehmen und die Mittel nur auf das Notwendigste zu beschränken, muß sich die Reichsregierung von jetzt an zur Pflicht machen. Sie hat damit die Ruhrfront nicht ab, aber sie jetzt der sich breitmachenden Demokratisierung eine gewisse Grenze. Diese Grenze muß in Anbetracht dessen, daß bald geordnete Verhältnisse wiederkehren sollen, bereits jetzt gezogen werden, desto leichter sind die Uebergangsmonate zu überstehen. Sparen, wo die Möglichkeit besteht, den Verstoß zu Opfern verpflichten und außenpolitische Aktivität entfalten, sind die Taten, die die deutsche Arbeiterschaft nunmehr von der Regierung erwartet! —

Ist Sparen wieder möglich?

Zeichne die Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches.

Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den im Prospekt angegebenen Stellen sowie bei diesen durch Vermittlung sämtlicher Banken, Bankiers, Sparkassen und Kreditgenossenschaften bewirkt werden.

Die Goldwährung.

Der Streit um die Goldwährung ist jetzt in ein entscheidendes Stadium getreten. Sowohl der Reichswirtschaftsminister wie auch der Reichskanzler haben sich für die Notwendigkeit einer neuen Währung ausgesprochen und diese als nächste Aufgabe bezeichnet. Auch der jetzige Reichsfinanzminister, Genosse Dr. Silberding, hat bekanntlich bereits früher in einem programmatischen Artikel die Schaffung einer neuen Werteneinheit für das deutsche Geldwesen als notwendig hingestellt und ist offenbar nur unter dem Druck der erdrückenden Aufgaben, welche das Kabinetts der Sachminister ihm mit der vollkommenen Verwahrlosung der Reichsfinanzen hinterlassen hat, davon abgehalten worden, auch seinerseits die Frage vor aller Öffentlichkeit in Angriff zu nehmen. Woher datiert der Wunsch nach einer Goldwährung? Warum wird sie jetzt zu unabwiesbarem Erfordernis?

Es steht fest, daß sowohl die Staatsfinanzen wie die Privatwirtschaft nicht mehr imstande sind, von der Geldentwertung zu leben, die bisher seit langen Jahren die „Hauptstütze“ der Wirtschaft gewesen ist und ihr eine krankhafte Entwicklung aufgedrängt hat. Bereits heute, wo die Löhne des Weltmarktes noch längst nicht erreicht sind, arbeitet die Industrie mit Preiser, welche über die Weltmarktpreise weit hinausgehen. Von der Arbeit der produktiven Tätigen nährt sich nicht nur ein Heer von Beamten, das infolge der Verwaltungsaufgaben der Nachkriegszeit weit über den Rahmen einer normalen Finanzwirtschaft hinaus angewachsen ist, auch der Apparat der Verteiler von Ware und der privaten Geldverwaltung in den Banken hat sich zu riesigen Ausmaßen entwickelt, die im umgekehrten Verhältnis zu der Verarmung des deutschen Volkes stehen. Die Entwertung der Mark ist derart fortgeschritten, daß es nur geringer Stöße bedarf, um im Inland die schwersten Störungen des Warenverkehrs hervorzurufen. Geradezu besorgniserregend ist der Umstand, daß sich die Produzenten vielfach weigern, Papiermark gegen Ware anzunehmen aus Furcht, daß sich der Erlös entwertet. So kommt es, daß zeitweilig die Lebensmittelbelieferung der Großstädte den bedenklichsten Schwankungen ausgesetzt ist, weil die Landwirte von ihrem Getreide nur so viel verkaufen, als sie müssen, um die Betriebsmittel für die nächsten Tage zu erhalten, während früher schon vor oder im Laufe der Ernte große Lieferungsabstufungen über die Ernteprodukte abgeschlossen wurden. So kommt es auch, daß manche Industriebetriebe jetzt, wo der Absatz stockt, lieber ihre Betriebe einschränken und schließen, als daß sie die in Aktien, Devisen und Rohstoffen angelegten Reserven durch Verkauf flüssig machen und mit den so gewonnenen Mitteln eine großzügige Umstellung der Produktion mit dem Ziel einer niedrigeren Preisalkulation antreiben.

Alle diese Krankheitsercheinungen der Wirtschaft sind bereits seit längerer Zeit zu beobachten, haben sich aber in den letzten Entwertungsjahren der Mark bereits derart fortentwickelt, daß man von neuen Markstürzen die gefährlichsten Störungen des Warenverkehrs erwarten muß. In der letzten Woche ist der Dollar auf 11 Millionen gestiegen, und es ist noch einmal gelungen, eine weitere Aufwärtsbewegung der Devisenkurse durch Interventionsverkäufe der Reichsbank aufzuhalten. Aber es hat bereits jetzt den Anschein, daß die Eingriffe in den Markt allein nicht genügen werden, um den Kurs zu halten und daß selbst die neuen Steuererlöse und die Verordnung zur Devisenabgabe nicht ausreichen werden, um einen weiteren verstärkten Ansturm auf die Mark im Keime zu erdrosseln. Die neue Geldentwertung hat es ihren Sachwertbesitzern ermöglicht, die hohen Ruhrsteuern anstatt aus dem Vermögen, aus laufender Einnahmen zu bezahlen. Die Devisenabgabe trifft nur einen kleinen Teil der Devisenbesitzer und gerade die reichsten von ihnen nur in unzulänglichem Maß. Andererseits geht, wenn die finanziellen Bedürfnisse des Staates nicht scheinungsbefriedigt werden, die Notendrucke in verheerendem Tempo fort und die erste Trillion der schwebenden Schulden, die in diesen Tagen erreicht sein soll, wird bald wieder überboten sein.

Unter diesen Umständen ist es nur allzu begründet, wenn von allen Seiten der Ruf nach Goldwährung erkönt. Die Voraussetzungen dazu können allerdings nur geschaffen werden durch einen energischen Zugriff auf die Sachwerte der Privatwirtschaft. Es ist dabei außerordentlich bemerkenswert, daß aus einzelnen Kreisen der Industrie und des Handels Erklärungen der Bereitwilligkeit vor-

Krieg. Sachwerte zur Verfügung zu stellen, wenn eine neue Goldwährung geschaffen werden sollte. So ist kürzlich in einem Artikel der Stinnesschen Industrie- und Handelszeitung von einem Leiter im Stinness-Kongern — man sagt, von Stinness selbst — der Vorschlag gemacht worden, man solle durch eine allgemeine Vermögensabgabe zehn Milliarden Goldmark als Grundstock zu einer Währung flüssig machen. Andererseits hat der Zentralverband des deutschen Großhandels in einer der wiederholten Rundgebungen, welche sich für die Einführung einer Goldrechnungswährung durch die Einführung von Goldkonten bei der Reichsbank einsetzen, betont, er würde bei seinen Mitgliedern darauf hinwirken, daß sie nach Erfüllung ihrer Forderungen alle irgendwie verfügbaren Devisen der Reichsbank übergeben. Selbst in deutsch-nationalen Kreisen ist man heute dem Gedanken einer Erfassung der Sachwerte zur Wiederherstellung der Währung durchaus nicht mehr so abhold wie früher, nur ist man strupellos genug, ein derartiges Zugeständnis der jetzigen Regierung aus rein parteiigottischen Gründen zu verweigern.

Es soll hier nicht der Versuch gemacht werden, die Grundzüge der neuen Währung zu skizzieren. Nur die zwingende Notwendigkeit einer Neuaufrichtung der Währung galt es darzulegen und festzustellen, daß selbst in Interessentkreisen das Verständnis für eine aktive Währungspolitik erwacht, nachdem man früher ähnlich lautende sozialdemokratische Forderungen in rückwärtsloser Weise bekämpft hat. Die Arbeiterschaft ihrerseits hat seit jeher die Stabilisierung der Mark verlangt, jetzt, nachdem diese am Boden liegt, kann sie eine Wiederherstellung gesunder Arbeitsverhältnisse nur von der Einführung einer gesunden Währung erwarten. Die Schwierigkeiten, die ihr entgegenstehen, sind — das darf nicht verkannt werden — geradezu ungeheuer groß. Trotzdem muß alles darangesetzt werden, zu einem neuen Gelde zu kommen, weil sonst die Gefahr besteht, daß selbst bei fallendem Markkurs die Arbeitslosigkeit weiter um sich greift. Ein Winter mit Arbeitslosigkeit, Teuerung, Lebensmittelmangel aber ist für die Arbeiterschaft in seinen Folgen gar nicht auszubedenken. Daher muß mit der Wiederherstellung der Währung die Voraussetzung wenigstens dafür geschaffen werden, daß die reiche Ernte dieses Jahres in die Hände der Verbraucher kommt und daß durch eine wirklich wertbeständige Entlohnung die Kaufkraft des Volkes derart gestärkt wird, daß die Industrie wieder Absatz findet und sich beschleunigt von den produktionsvernichtenden Hemmnissen der Geldentwertungswirtschaft freimacht.

Echo der Kanzlerrede.

Die Stuttgart-Rede Stresemanns hat nicht nur in Deutschland eine starke Echo gefunden. Die Pariser Presse schreibt ihr eine große Bedeutung zu und sieht in ihr einen Schritt vorwärts zu Verhandlungen, eine Befähigung dafür, daß in der Reparations- und Ruhrfrage eine neue Politik beginne. Freundliche Aufnahme findet im allgemeinen der Vorschlag Stresemanns, eine wirtschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen.

Zu der deutschen Presse findet Stresemanns Rede lebhaft Zustimmung, auch in bezug auf die angelegentlich immerpolitischen Maßnahmen, aber auch härteste Ablehnung bei den Deutsch-nationalen, die Stresemanns Parole „Verständigung!“ mit „Krieg!“ beantworteten, und zwar meinen sie Krieg nach außen und innen.

Die Kommunisten gegen Thüringen.

Die deutschen Kommunisten haben noch bei jeder Gelegenheit bewiesen, daß sie alles andre, nur nicht zuberlässig sind. Augenblicklich führen sie auch in Thüringen eine schrankenlose Hetzpropaganda gegen die sozialdemokratische Regierung. Gleichseitig erheben sie die sinnlose Forde-

runge nach der Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Die thüringische Parteileitung hat sich deshalb veranlaßt gesehen, die zweipolige, doppelzüngige Politik und Taktik der kommunistischen Maulhelden dem Urteil der Parteigenossenschaft zu unterbreiten. Sie will Klarheit schaffen und fordert zu diesem Zweck alle Ortsvereine auf, in den allernächsten Tagen zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

Kann unsere Partei die Kommunisten noch als verträglich betrachten, kann mit dieser Partei noch über die Beilegung eines Konflikts verhandelt werden, den diese in so fragwürdiger Weise provoziert hat, kann unsere Partei noch weitergehen, ohne die Interessen des Proletariats, die eng verknüpft sind mit der Selbständigkeit der Sozialdemokratie, preiszugeben?

Die Thüringer Kommunisten werden von ganz besonders qualifizierten Leuten geführt: Tenner und Neubauer, zwei richtiggebenden deutschen Schulmeistern, die nach dem November 1918 ihre sozialistische Ueberzeugung entdeckten und ihre praktischen staatsmännischen Erfahrungen in der Verwaltung des Landes Gotha sammelten. Ihre hervorragende Leistung war die „Kriegserklärung“ an das Reich und der „Abbruch der diplomatischen Beziehungen“ mit der Berliner Regierung im Frühjahr 1919. Die revolutionäre Wirkung der Tenner-Neubauerischen Tätigkeit in Gotha zeigt sich deutlich in der Tatsache, daß im Lande Gotha heute die Galenkreuzer herrschen.

Zeigner gegen Geßler.

Die „Sächsische Staatszeitung“, das Regierungsorgan, bringt an der Spitze des Blattes eine längere Erklärung, in der ein vertrauliches Schreiben Dr. Geßlers vom 24. August 1922 an den Senatspräsidenten Dr. Hagens als ein Eingriff in einen Strafprozeß bezeichnet wird. Ferner wird die Behauptung wiederholt, daß Dr. Geßler eine Teilnahme der Reichswehr an der sächsischen Verfassungsfeier in Rücksicht auf die bekannte Rede Dr. Zeigners verboten habe. Auf Vorstellungen in Berlin sei am 21. August in Dresden ein Telephonat eingegangen, daß der Reichswehrminister keinerlei Anordnungen über den Verkehr des Reichswehrkommandos bzw. des sächsischen Landeskommandos mit der sächsischen Regierung getroffen habe. Er habe lediglich am 11. August das Ersuchen des Wehrkreiskommandos gebilligt, an der von der sächsischen Regierung veranstalteten Verfassungsfeier nicht teilnehmen zu dürfen. Er halte es für selbstverständlich, daß alle dienstlichen Verpflichtungen jeglicher verfassungsmäßigen Regierung gegenüber erfüllt werden. Die „Sächsische Staatszeitung“ sagt, diese Erklärung des Reichswehrministers sei unklar, und sie fragt, wie die Reichsregierung, wenn sie auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit der sächsischen Regierung Wert lege, sich Sicherheiten schaffen gegen solche rüdes Vertrauen untergrabende unwahre Darstellungen des Reichswehrministers.

Der Hitleritag in Nürnberg.

Der „Deutsche Tag“ in Nürnberg, die große Parade aller Hitlerhüben, hat Todesopfer gefordert. Am Sonntagabend kam es in dem Arbeiterviertel Steinbühl zu Zusammenstößen, wobei der Galenkreuzer Braun, Professor an der Nürnberger Fortbildungsschule, einen 50jährigen Sozialdemokraten, Vater von fünf Kindern, erschoss und einen andern parteilosen Admiral Scheer. Die Masse der Teilnehmer war aus Bayern, aus Norddeutschland waren nur einige tausend gekommen. Die Gesamtzahl wird auf 75 000 geschätzt. Unter den Teilnehmern waren auch einige hundert Stahlhelmlente aus Halle.

Unter den Teilnehmern und Projektoren der Veranstaltung waren zwei bayerische Prinzen, der Herzog von Koburg, die Generale Ludendorff und Krafft von Dellmensingen und der — Volksparteiler Admiral Scheer (Bayern), aus Norddeutschland waren nur einige tausend gekommen. Die Gesamtzahl wird auf 75 000 geschätzt. Unter den Teilnehmern waren auch einige hundert Stahlhelmlente aus Halle.

Hitler hielt in einer Versammlung eine Rede, in welcher er unter anderem ausführte:

So wie die äußeren Zustände nur mit Gewalt geändert werden können, dies auch bei den inneren der Fall sein muß. Schwere Kämpfe seien notwendig, vor den schwersten Auspostern dürfe man nicht zurückweichen. Wer sich dieser Front nicht entziehe, über den schreie man hinweg, wer diese Politik nicht mitmachen wolle, der müsse mit Gewalt niedergeschlagen werden.

Und dabei standen bayerische Prinzen, Ludendorff und Admiral Scheer! Wie lange will es die Reichsregierung noch dulden, daß mit bayerischen Medaillen junge Leute in einen Mützensack verpackt werden, wie lange will sie es noch dulden, daß eine „Partei“ ihre Anhänger systematisch zur Gewaltanwendung gegenüber dem Staat erzieht und Formationen aufstellt mit dem bewußten Zweck, sie zum Bürgerkrieg zu verwenden? Es ist für die republikanische Bevölkerung unmöglich, solche Drohungen stillschweigend hinzunehmen.

Bayerische „Gerechtigkeit“.

Aus Leipzig wird über ein Beispiel bayerischer „Gerechtigkeitspflege“ folgendes berichtet:

Der Philologe Hartig war seinerzeit vom bayerischen Volksgericht Würzburg wegen politischen Vergehens zu sieben Jahren Festungshaft verurteilt worden. Nach Verbüßung der Hälfte dieser Zeit wurde Hartig am 17. Dezember 1922 auf Bewährungsfrist entlassen, unter der Bedingung, daß er sich im Laufe der Bewährungsfrist gut, straflos und einwandfrei führe, zunächst in Wschaffenburg bei seinen Eltern wohne, jeden Aufenthaltswechsel sofort der Staatsanwaltschaft Würzburg mitteile und sich des agitatorischen und politischen Hervortretens enthalte.

Hartig arbeitete zunächst in der Schlosserei seiner Brüder in Wschaffenburg, nahm aber 2½ Monate nach seiner Entlassung aus Niederschönenfeld, jener Festung, wo er seine Strafe verbüßte, eine Stellung als Sekretär des Arbeiterbildungsinstituts in Leipzig an. Ordnungsgemäß machte er davon der Staatsanwaltschaft Würzburg Anzeige und bemerke dabei, diese Stellung entspreche seiner pädagogischen und philologischen Vorbildung besser als die Schlosserarbeit, außerdem stude das Geschäft seiner Brüder. Das Volksgericht Würzburg verweigerte jedoch die Aufenthaltsgenehmigung für Leipzig, weil dort eine Uebervachung wegen des politischen Hervortretens nicht möglich sei; die Bewährung gegen diesen Befehl wurde abgewiesen, obgleich eine hohe Reichsbehörde sich für Hartig verbündete. Auf ein neues Gesuch an das Volksgericht um Verlängerung des Aufenthalts in Leipzig, damit das Institut Ersatz beschaffen könne, trat die Antwort ein: Die befragte Bewährung ist aufgehoben, innerhalb 8 Tagen hat Hartig wieder in Niederschönenfeld anzurufen. Falls Hartig am 28. August die Strafe nicht antritt, werde sofort Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Dieses Verfahren ist geradezu aufreizend, es ist eine Brütierung des Leipziger Bildungsinstituts, das keineswegs politisch aufgekauft ist, und es ist ein Affront gegen den Bundesstaat Sachsen. Die nackte Willkür leistet sich das Volksgericht. Wann wird das Reich diese Volksgerichte beseitigen?

Die Fronde der Steuerflüchtigen.

Stressemann hat kürzlich gewichtigen Besuch gehabt. Bei ihm erschienen nämlich Vertreter des Reichs-Landbundes und überbrachten ihm vom Pommerischen Landbund — unterzeichnet von den Funkern v. Demig und v. Flemming — einen Brief, in dem einfach „festgestellt“ wird, daß die Landwirtschaft zur Aufbringung der jetzt geforderten Steuern nicht in der Lage sei. Der Landbund droht mit Betriebsbeschränkungen, falls die Steuer wirklich eingetrieben werde, und mit Gefahren, die daraus für die Volksernährung entstünden. Dazu fährt der Brief fort:

Die Landwirtschaft wenigstens hat nicht die Absicht und ist auch nicht in der Lage, dauernd von sich Opfer fordern zu lassen — auch solche freiwilliger Art — und im übrigen als Versuchsfeld für sozialistische Experimente zu dienen. Vielmehr erachtet sie weitere Experimente in dieser Richtung als schwere Schädigung des Gesamtwohls und nicht zuletzt der angeblich von der Sozialdemokratie vertretenen Arbeiterschaft.

Der Landbund ist nicht blöde in seinen Behauptungen, Drohungen und Forderungen. Er verlangt, nachdem er die Steuern verweigert hat, von der Regierung durchgreifende Maßregeln zur Hebung der Produktion und vor allem „Befreiung der Arbeit von jeder gesetzlichen oder gewerkschaftlichen Beschränkung“. Was natürlich nichts andres heißen soll als Zurückführung der ländlichen Arbeiter in das Joch der Zeiten vor 1914! Um dem Reichskanzler die ganze Größe der ihm von den Landbühlern drohenden Gefahr vor Augen zu führen, verweist der Brief auf das „Gewicht der Provinz in mehr als einer Hinsicht“. Wobei sich jeder denken kann, was er will. Diefer oder jener wird dabei vielleicht sich erinnern, daß auf

Kleines Feuilleton.

Bekehrte.

Ein Geisteskranker schreibt in der „Selbstbeobachtung“:
Man kommt als Kapitän beiseite in eine merkwürdige Lage. Ich habe die Rede zur Erinnerung einer Kriegserfahrung zu halten, in einer unfreundlichen und unwillkürlichen Konversation. Kommeras, und zwar in einem Gesellschaftsraum — so als die Art der Rede jede Konversation ausschloß. Das mir gegen die Kriegserfahrung und dabei, Kämpen, Leben und Schweregehen und dem andern ähnlichen. Ich bin zu einer richtigen „Anschauung“ gelangt. Ich bekehrte.

Ich bin Kämpen, die jetzt von der unerbittlichen Fabel durch unser Getöse und Lärm zu hören, werden unsre geliebten Soldaten nach einem Leben. Es ist, als wären sie in Frankreich und Belgien und England und Australien aus ihren Gefilden heraus, die Wunden und Wunden und den Krieg. Und wie sie alle hätten und verstanden sie hier in ihrer Heimat. Und in jedem Sonntag, wo meine Augen und Herzen ihre Namen auf der Erde sehen, ist eine geliebte Gedächtnis an unsere Heim und uns. Das ist ein Kämpen und Kämpen, welches kein Soldat und kein Soldat! Ich höre ihnen auf meine Gedanken und sie empfangen den Tod und unheimliche Bekehrung. Soldaten und Kämpen mit Kommandos und Wunden und Kämpen der Kommandos und Kämpen. Und immer wieder die Aufregung der Kämpen — und geliebte Bekehrung. Alles, alles, ist und ist. Und wie sie alle hätten und verstanden sie hier in ihrer Heimat. Und in jedem Sonntag, wo meine Augen und Herzen ihre Namen auf der Erde sehen, ist eine geliebte Gedächtnis an unsere Heim und uns. Das ist ein Kämpen und Kämpen, welches kein Soldat und kein Soldat! Ich höre ihnen auf meine Gedanken und sie empfangen den Tod und unheimliche Bekehrung. Soldaten und Kämpen mit Kommandos und Wunden und Kämpen der Kommandos und Kämpen.

Ich höre ihnen auf meine Gedanken und sie empfangen den Tod und unheimliche Bekehrung. Soldaten und Kämpen mit Kommandos und Wunden und Kämpen der Kommandos und Kämpen. Und immer wieder die Aufregung der Kämpen — und geliebte Bekehrung. Alles, alles, ist und ist. Und wie sie alle hätten und verstanden sie hier in ihrer Heimat. Und in jedem Sonntag, wo meine Augen und Herzen ihre Namen auf der Erde sehen, ist eine geliebte Gedächtnis an unsere Heim und uns. Das ist ein Kämpen und Kämpen, welches kein Soldat und kein Soldat! Ich höre ihnen auf meine Gedanken und sie empfangen den Tod und unheimliche Bekehrung. Soldaten und Kämpen mit Kommandos und Wunden und Kämpen der Kommandos und Kämpen.

Niegeheime von Glend, unter dem die Väter Jahrzehnte hindurch jenseits mühen. Darum laßt euch von uns, den Geisteskranken, sagen — und wir richten unsere Forderungen über unser Heimatland hinaus an unser ganzes Vaterland und an alle Völker: Nicht danach, daß nie wieder ein neuer Krieg die ganze Welt in Glend und Feuer bringe! Und wenn es auch noch Jahrhunderte dauern sollte, ehe dieses Ziel erreicht ist — Ziel muß es doch bleiben, unser Ziel und Ziel der ganzen Menschheit: Nie wieder Krieg!

So wollen wir denn die Tafel entziffern. Sie ist ein Zeichen unserer unerschütterlichen Dankes an unsre geliebten Brüder und unsrer und unsrer unerschütterlichen Habsucht. Und sie soll eine Mahnung der Väter an uns sein: Die Tafel wieder! — damit nicht immer noch von den Menschen die Erfüllung der Bekehrung in die Kriegserfahrung zu blauen, um Einbruch zu machen? Wo unser Volk auch friedlichen Gedanken demans zugänglich ist — jenseit in den Soldaten, die ihr für ungeschmacklich haltet??

Was ist das, es gibt auch noch andere Geisteskranken, als den Kommandanten Kämpen...
Gewalt die Aufregung. Und nun das Rechtmäßige: man laßt mich, was ich nicht nur ankommen (dann ist die Kapitän): „Das ist uns gefallen“ hat ihr, die ihr zu unserm Volke zu reden und zu schreiben hat, wirklich nötig, bei jeder Gelegenheit in die Kriegserfahrung zu blauen, um Einbruch zu machen? Wo unser Volk auch friedlichen Gedanken demans zugänglich ist — jenseit in den Soldaten, die ihr für ungeschmacklich haltet??

Der Berliner Theaterdirektor Dr. Obermann, der „Das Theater“ in der Leipziger Zeitung ohne behördliche Erlaubnis abgedruckt hat, war auf Grund einer Anzeige wegen ungesetzlicher Veröffentlichung verhaftet worden. Dr. Obermann soll ein Feind sein, der, wie seine Klage behaupten zu können, eine Zeitschrift als „Kriegserfahrung“ gemeldet hat. Und wie er nicht zu haben, gab er für 15 Millionen angebotene Geldes auf die Leipziger Front. Das hat den Untersuchungen gegen ihn die Leipziger Front. Das hat den Untersuchungen gegen ihn die Leipziger Front. Das hat den Untersuchungen gegen ihn die Leipziger Front. Das hat den Untersuchungen gegen ihn die Leipziger Front.

man den hochverdienten Leo Blech an das Charlottenburger Opernhaus hat abwandern lassen, anstatt Stiebrich zum Generalmusikdirektor zu berufen, wie die gesamte Berliner Presse forderte, dem Kapellmeister Reiber aus Mannheim, den niemand kannte, diesen Posten anvertraut. Stiebrich hat sich gegen diese unerbittliche Zurücksetzung aufgelehnt mit dem Erfolg, daß man ihn nunmehr entlassen hat. Schillings, der sich selber gern an das Dirigentenpult drängt, hat also die beiden fähigsten Operkapellmeister hinausgedrückt. Vielleicht spricht der Umstand, daß Blech wie Stiebrich Jude ist, auch ein Wort mit. Im München ist ja bereits im vorigen Jahre Bruno Walter dem Antisemitismus zum Opfer gefallen. — Aus Braunschweig wird gemeldet, daß die Vereinigung künstlerischer Bühnenvorstände und der Schauspieler Georg Gaedeke vom Landestheater gegen den Kritiker der „Landeszeitung“, Hr. Karl Kobbe, ein Flugblatt verfaßt haben, um diesen unerträglich scharfen Gegner aller Schlamperei ungeschädlich zu machen. Der Angegriffene fordert in seinem Blatte zu sachlicher und begründeter Angriffsform auf; Verlog und Schriftleitung lehnen den Versuch der Beeinflussung der Presse mit Nachdruck ab. Auch der „Verein Braunschweiger Presse“ protestiert gegen den „unqualifizierbaren persönlichen Angriff“. Was doch in Braunschweig für merkwürdige Sachen passieren!

Stübende Kunst. Im Jahre 1920 erfolgte in einem Nebenraum des Bamberger Domes, der sich in Gestalt einer dreißigjährigen Halle zwischen den Dom und der Kreuzgang schiebt, eine durch Professor Dr. Fuchs geleitete Ausgrabung, die zu wichtigen Aufschlüssen führte. In seiner soeben erschienenen Unternehmung „Die Reste des Atriums des karolingischen Domes zu Bamberg“ (Bamberger, Antonius-Druckerei) berichtet Professor Fuchs über die Grabung, die ihn zu der Schlussfolgerung führte, daß in dem Atrium jener dreißigjährigen Halle der Nordtrakt des Atriums, d. h. des offenen, von Galen umgebenen Vorhofs des Domes, erhalten ist, den Karl der Große im Jahre 799 begann und der im Jahre 1000 durch Feuer verwüstet wurde. Im Hinblick auf die geringe Zahl erhaltener karolingischer Bauwerke — die Dome in Aachen und Fulda, die Vorhalle des Klosters Lorsch — ist dieses Ergebnis von hoher Bedeutung. Die sogenannten Westwerke, d. h. turmgekrönte Vorkirchen, wie sie sich in Corvey, Werden und auch in St. Pantikon in Köln erhalten haben, leitet Fuchs aus dem alljährlichen bzw. frühmittelalterlichen Atrium her.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. September 1923.

Verdorbene Kost.

Magdeburg beherbergt in diesen Tagen die „Anuga“, Allgemeine Nahrungs- und Genussmittel-Ausstellung. Der volkswirtschaftliche Wert dieser Veranstaltung ist noch einigermaßen schätzerhaft.

Einen Sinn hätte es nur, wenn neue Ernährungsmöglichkeiten für die breite Masse — nicht nur Verdienstmöglichkeiten für Händler — nachgewiesen würden.

Die Herren von der „Feinfest“ und vom Schokoladenverband machen ihre Anugagabe aber besonders inhaltreich durch einen mühsamen Kampf gegen Sozialismus, Arbeiterbewegung, Revolution und Republik.

Es wird dann auf die Revolution, die Nationalversammlung und den Reichstag gescholten. Der nächste Reichstag müsse anders aussehen.

Es wird dann auf die Revolution, die Nationalversammlung und den Reichstag gescholten. Der nächste Reichstag müsse anders aussehen.

Es wird dann auf die Revolution, die Nationalversammlung und den Reichstag gescholten. Der nächste Reichstag müsse anders aussehen.

Es wird dann auf die Revolution, die Nationalversammlung und den Reichstag gescholten. Der nächste Reichstag müsse anders aussehen.

Es wird dann auf die Revolution, die Nationalversammlung und den Reichstag gescholten. Der nächste Reichstag müsse anders aussehen.

Es wird dann auf die Revolution, die Nationalversammlung und den Reichstag gescholten. Der nächste Reichstag müsse anders aussehen.

berlorenen Arbeitsstunden im fetten Druck wiedergibt. Man fordert Abbau aller Gesehe, die dem Arbeiter die Möglichkeit geben, über sein Arbeitsverhältnis mitzubestimmen.

Sie verdienen gut, die Leute vom Handel. Es jaht nicht so aus, als ob sie viel von ihrer „Substanz“ verloren hätten.

Sie verdienen gut, die Leute vom Handel. Es jaht nicht so aus, als ob sie viel von ihrer „Substanz“ verloren hätten.

An unsre Inserenten! Die jeweils gültigen Zeilenpreise sind regelmäßig am Kopfe unserer Zeitung angegeben.

Erwerbslosen-Unterstützung.

Vom 29. August bis 4. September 1923 gelten folgende Unterstützungssätze für Erwerbslose:

- 1. für männliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben . . . 1 570 000 M.

Weiteres Magdeburger Notgeld. Zur Befriedigung des Mangels an Zahlungsmitteln wird von der Stadt Magdeburg weiteres Notgeld herausgegeben.

Die Höchstpreise für 1 Zentner Braunkohlenbrikette einschließlich Steuer betragen am 5. September bei Lieferung an Verbraucher: ab Lager 4 200 000 Mark.

Zuckergrößenhandelspreis — 63 Millionen. In der Sitzung der Zuckerkontrollstelle wurde der Zuckerpreis für Großhandel auf 62 863 000 Mark per 50 Kilogramm festgesetzt.

Gibt es einen Schutz vor der Geldentwertung? Ist von größter Tragweite, daß jedem Deutschen das Reich durch die Ausgabe der zur Zeichnung aufliegenden Wertbeständigen Anleihe die Möglichkeit gibt, wieder im alten Sinne zu sparen.

Der Schiedspruch für Elektromonteur, Klempner und Installateur wurde vom Demobilisierungskommissar für verbindlich erklärt.

Substanzvermehrung. Gegenüber den vielen Verleumdungen der Unternehmer, die Vermögenslage der Unternehmungen in Industrie, Handel und Bankgewerbe möglichst schlecht darzustellen, ist es von Wichtigkeit zu beachten, wie einzelne Unternehmungen aus der Vermehrung ihrer Vermögenssubstanz während der Geldentwertung kein Hehl machen.

Gasvergiftung. Der Schlosser Heinrich B., wohnhaft Rogauer Straße 9, wurde am Montag vormittag bei der Arbeit auf dem Gaswerk durch ausströmende Gase betäubungslos.

Gestohlene Schmuckfächer. Zwei aus Berlin flüchtige Diener nahen ihrer Dienstherrschaft außer einer goldenen Schnupftabakdose, einem goldenen Zigarettenetui und mehreren Schmuckfächern.

Gestohlen wurden aus einer Werkstätte in der Fährstraße 16 6 Kilogramm schwere Kupferplatten und 13 11 Kilogramm schwere Nickelplatten im Werte von 5 Milliarden.

Eigentümer gesucht! In polizeilicher Verwahrung befinden sich folgende Sachen: eine Kanne (ex. R. R. 1913) mit etwa 30 Liter Benzin; vier Tafeln Weißmetall mit der Bezeichnung Dr. R. u. Co.

Diebstahl? Der mehrfach wegen Einbruchs bestraft, Ende Juli erst aus dem Gefängnis entlassene Arbeiter Carl Prinz wurde auf dem Bahnhof Wittenberge festgenommen.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg. Engere Hauptvorstandssitzung Mittwoch 6 Uhr im Jugendklub. Eracea hält Sonnabend abend 1/8 Uhr im „Eibgarten“ wieder Verhandlungen ab.

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Stadttheater. Wogenspielplan. Mittwoch (5. Anrechtabend): Fidele. Donnerstag (6. Anrechtabend): Jar und Zimmermann.

Die Marzipan-Piese.

Erzählung von Friedrich Galm. (5. Fortsetzung.)

Endlich hatten wir das Haus erreicht, waren die Eingangstüren hinangeflohen und hatten uns durch den dunkeln Hausflur an der steilen, finstern Treppe vorbei durch mehrere Stufen des Erdgeschosses in ein kleines gemütliches Gemach gedrängt.

Versteigerung eines in der Laming in Gant verfallenen Anwesens beauftragt, schon seit sechs Tagen abwesend wäre, als sich ein immer zunehmendes Gewirre von Stimmen im Hausflur erhob.

Verzweiflung erlangt, kammelte, verdrehte die Augen und schlug im nächsten Augenblick leblos wie ein Stück Holz neben der Leiche hin!

Herr Steibler, der in dem Bemühen, seinen Zuhörern die Eindrücke des vorläufig Erlebten recht anschaulich zu vergegenwärtigen, ungewöhnlich lebhaft geworden war, hielt hier inne, um sich zu sammeln.

(Fortsetzung folgt.)

Nachrichten aus der Provinz.

Steuerabzug für Kriegsbeschädigte.

Durch einen vom Reichsfinanzministerium im Benehmen mit dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten an die Landesfinanzämter gerichteten Erlaß sind für Kriegsbeschädigte...

Agrarische Steuerfeindschaft.

Die Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen hielt in Halle eine „Aroberjammung“ ab, die gegen die Steuerbeschlüsse des Reichstags protestierte.

Die Landwirtschaftskammer als Vertreterin der provinziell-sächsischen Landwirtschaft hält es daher für ihre unabweisbare Pflicht, noch in letzter Stunde auf alle einer reiflichen und rechtzeitigen Durchführung des am 11. August 1923 beschlossenen Steuerprogramms entgegenstehenden erheblichen Schwierigkeiten mit allem Nachdruck hinzuwirken.

Da kein Reich von der Landwirtschaftskammer verlangt hat, die Verantwortung für die Steuererlässe zu übernehmen, kann diese wiederum nur den Zweck haben, den Agrariern die Substanz dieser Beschlüsse des Reichstags zu empfinden.

Der Kartoffelkrebs.

In Rathenow ist der Kartoffelkrebs festgestellt worden. Da durch Weiterverbreitung dieses gefährlichen Feindes der Kartoffel der Anbau in Frage gestellt werden kann, empfiehlt es sich dringend für alle, die Kartoffeln anbauen, die Knollen daraufhin zu untersuchen, ob sich warzenförmige Auswüchse daran befinden.

Kreis Wolmirstedt-Renhalbensleben.

Gilbeben. Ein Sprechtag für Rat- und Auskunftsberatung findet am Freitag den 7. September von vormittags 10 Uhr bis 6 Uhr im Gemeindefestsaal statt.

Kreis Jerichow 1.

Kassengeld-Anleihe der Stadt Burg.

Die zwenigste Kassengeld-Anleihe der Stadt bietet jedem eine gute Gelegenheit, seine Ersparnisse so wertbeständig anzulegen, daß sie stets ihre Kaufkraft behalten, ohne Rücksicht darauf, welche Sprünge der Weltmarkt macht.

Der Erwerb der Anleihe, welche mit 5 Prozent jährlich verzinst wird, kann sowohl denjenigen angeschlossen werden, welcher Geld vorübergehend verdisponierbar anlegen will, wie auch denjenigen, welcher für eine spätere größere Ausgabe (z. B. Kauf von Möbeln, Maschinen usw.) Geld sparen will.

Eine Stahlfabrikgründung.

Es liegt nahe, daß sich in der Provinz Sachsen eine Stahlfabrik gründen wird. Die ersten Verhandlungen, denen die Provinz Sachsen zum Opfer fiel, kamen etwa 6 Minuten vor dem Zusammenbruch.

in Magdeburgerforst. Aber die Zeit wurde immer ungünstiger für die Träger der wilhelminischen Offiziersuniform. Die Generalstabarten wurden zusammengefaßt, man wollte sich nicht die Finger verbrennen, im Kriegerverein war der Aufenthalt sicherer als in der „Orgelei“.

Doch halt, wir irren uns, die Parole ist ja aus Verlegenheit anders herausgegeben. „Schuß gegen den Volkseigenismus“ lautet sie. Man hofft da aus den Ereignissen in Gelsdorf Kapital zu schlagen.

Die Begeisterung wird jedoch nicht lange vorhalten. Die Zeit arbeitet eben gegen die Reaktion und für die Republik, wenn das auch bei dem „politischen“ Bild der Führer des „Stahlhelms“ in Jüterbog nicht gemerkt wird.

Burg. Die Unteroffiziere der Partei werden gehen umgehend ihr Material abzuholen. Eine Stadtvorordneten-Sitzung findet am Donnerstag den 6. September nachmittags 4 1/2 Uhr statt.

Burg. Eine letzte Mahnung richtet der Magistrat im Jüterbogener Teil an die Gewerbe- und Betriebsleiterpflichtigen, die ihre Steuerzahlung für April bis Juni noch nicht begleichen haben.

Farchau. Die Kommunisten von Burg veranfaßten am Sonnabend eine Volksversammlung in ihrem Orte. Der Kommuniführer Matern sollte über das Thema „Wer rettet uns aus dem Zusammenbruch?“ reden.

Schönebeck. Einem Giftmordverbrechen an ihrem Mann verurteilt die Frau des Barbierherrn Herrmann, Frau Emma Herrmann geb. Rabe, unter Beihilfe ihrer Tochter Anna Herrmann. Die Frau sollte wegen ehelichen Zerrüttungs Verhältnissen ihren Mann zu vergiften.

Kreis Kalbe.

Schönebeck. Einem Giftmordverbrechen an ihrem Mann verurteilt die Frau des Barbierherrn Herrmann, Frau Emma Herrmann geb. Rabe, unter Beihilfe ihrer Tochter Anna Herrmann.

Das Buch!
Wer manchen ist ein schüchternes Buch
Stillschweigen als ein Verbrechen.
Sachsen-Anhalt Volksstimme, Große Münzstraße Nr. 3.

Die Erdbebenkatastrophe in Japan.

Die bereits gemeldet, wurde die Stadt Jotokama durch ein Unheil schwer heimgesucht. Dieses Erdbeben, das jenseitigste seit 20 Jahren hat außer in Jotokama besonders in Tokio, Kama und Yokohama.

Die Leichen häuften sich in den Straßen. Die Zahl der Opfer ist gar zu hoch. Die ersten Erdbebenstöße, denen Jotokama zum Opfer fiel, kamen etwa 6 Minuten vor dem Zusammenbruch.

richten. In Jotokama befanden sich gewöhnlich 3000 Ausländer. Man hofft aber daß viele von ihnen auf Ferien in Hamamata, ungefähr 80 Kilometer von der Stadt entfernt, waren.

Aus Neuport wird mitgeteilt, daß Präsident Coolidge ein Beileidstelegramm an den Mikado sandte. Der Präsident bietet dem Kaiser namens der Vereinigten Staaten jegliche Hilfe an und teilt mit, daß die Einheiten des asiatischen Geschwaders, das sich zurzeit auf der Meeres von Port Arthur befindet, unbedinglich nach Jotokama aufbrechen werden.

Das Kriegsgeschick proklamiert.
Einer Neutermessung aus Osaka zufolge ist in ganz Japan das Kriegsgeschick proklamiert worden. Nach einer drastischen Meldung des Dampfers Korea Maru sind 200 000 Menschen in Jotokama obdachlos und ohne Nahrung.

Lezte Nachrichten.
Eine Reihe von Vulkanen ist in lebhafter Tätigkeit. Folgende Städte sind, wie berichtet wird, teilweise oder fast vollkommen vom Erdbeben oder durch Feuerbrünste zerstört.

Explosion des Arsenals.
In Tokio wurden mehrere tausend Menschen getötet. Nach Berichten eines Augenzeugen stürzten in Tokio die Gebäude wie Kartenhäuser ein und die Stadt blieb einem Flammenmeer.

Volksport.

- Leichtathletik in Groß-Otterleben.
In den leichtathletischen Wettkämpfen des R.-S.-V. Bahn Gr.-Otterleben wurden folgende Resultate erzielt:
100-Meter-Lauf: Oberstufe: Gummert (Gr.-Otterleben) 11,3 Sek. Mittelstufe: Erdmald (Grocac) 11,7 Sek. Unterstufe: Schmeier (Grocac) 12,2 Sek.

Mitteilungen der Sportvereine.
Arbeiter-Radfahrer Osterweddingen. Am Sonntag findet im „Schwarzen Adler“ die 10. Vereinsversammlung vom 6. Bezirk des Arbeiter-Radfahrer-Bundes statt.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Zur Abholung liegen bereit:
Die neue Erziehung Nr. 8 u. 9 - Das Tagebuch Nr. 30 u. 31. - Die elegante Mode Nr. 17. - Der Gagar Nr. 1. - Soziale Praxis, Argus für Selbstverlebung Nr. 4. - Republik und Jugend Nr. 1475.

Kukirol
Gornhart, Schwilke und Wargen
berühmt durch
seiner kühnen
und getragenen
Kukirol
Vorzug empfohlen. Kukirol hat bewährt. - In Apotheken und Drogerien erhältlich. - Gegen Gicht, Rheuma und Stauungen außerordentlich.

kommerziellen wie auf mecklenburgischen Gütern die Hof-
bach-Garden Flurschützen und Landarbeiter spielen
dürfen. Soll das etwa auch ins „Gewicht der Provinz“
fallen?

Es ist selbstverständlich, daß die pommerischen Fron-
deure Zugang erhalten. Die bairischen Bauern unter
Führung des Dr. Heim blasen ins gleiche Horn, und jetzt
hat auch der Vorstand der Landwirtschaftskammer Han-
nover an den Reichsfinanzminister das folgende Telegramm
geschickt:

Betriebssteuer für Landwirtschaft nicht tragbar, ver-
minderte Erzeugung führt zur Expropriation der Landwirt-
schaft. Zunächst Aufschub bis nach Ernte unbedingt nötig.

Aufschub bis nach der Ernte? Was werden die Steu-
ern dann wert sein? War es nicht noch die Regierung
Cuno, die vom Reichstag die sofortige Erledigung
der Steuern verlangte, weil die Not des Landes keinen
andern Ausweg mehr lasse? Und waren es nicht gerade
die Deutschnationalen, die auf sofortige Verab-
scheidung der Steuern drängten? Vielleicht haben sie es
inzwischen schon wieder vergessen, trotzdem erst vierzehn
Tage darüber ins Land gegangen sind. Sie werden uns
deshalb Dank wissen, wenn wir ihr Gedächtnis aufzufrischen
suchen. Genosse Wilhelm Reil, der bei den Verhand-
lungen des Steueraususses für die Sozialdemokratie her-
vorrangend beteiligt war, erinnerte in einer Auseinander-
setzung mit württembergischen Deutschnationalen an die
Vorgeschichte dieser Steuern:

Die deutschnationale Fraktion wird in Steuerfragen ge-
führt vom Abgeordneten Dr. Helfferich. Er war der Ver-
treter seiner Parteigenossen bei einer vom Minister Dr. Hermes
vor Beginn der Steuerberatungen beantragten privaten Be-
sprechung. Hier stellte sich Dr. Helfferich namens seiner Partei-
genossen vorbehaltlos auf den Standpunkt der vorliegenden
Gesetzesentwürfe, stimmte dem Minister darin zu, daß die Ver-
vielfachung der Steuerzahlung viel weiter gehen müsse als
in dem durch den rasenden Marktzug schon überholten Regie-
rungsentscheidungs und verteidigte auch die vom Minister an-
gekündigte Betriebssteuer gegen gewisse von anderer
Seite erhobene Bedenken. Er rebete den Jaghaften ins Ge-
wissen mit den Worten: „Es geht jetzt um Kopf und
Kragen, da muß man fünfzig gerade sein lassen“.

Bei den Ausschussberatungen wurde unter entscheidender
Mitwirkung der Deutschnationalen gegen die Stimmen
der Sozialdemokraten beschlossen, am 15. August das Vier-
hundertfache an Vorauszahlung auf die Einkommensteuer
zu fordern und die Rhein- und Ruhrabgabe dementsprechend
zu bemessen. Wir hatten in Uebereinstimmung mit dem Mi-
nister das fünfhundertfache beantragt. Die Höhe der
landwirtschaftlichen Betriebssteuer war Gegen-
stand langwieriger Verhandlungen. Man einigte sich schließlich
auf den Satz von 9 Goldmark für je 2000 Mark Beitrags-
beurteilung auf 6 Monate, nachdem den Deutschnationalen zu
einer langen Fraktionsitzung Gelegenheit gegeben war. Sie
stimmten zu unter der Bedingung der einstimmigen An-
nahme sämtlicher Steuerentwürfe durch alle Parteien ohne die
Kommunisten.

Am Morgen nach der Abstimmung im Plenum gab es im
Ausschuß noch einen interessanten Zwischenfall. Doktor
Helfferich beklagte sich sehr lebhaft darüber, daß der „Vor-
wärts“ in seiner letzten erschienenen Nummer die neuen Steuern
als einen Erfolg des Steuerkampfes der Sozialdemo-
kratie feierte. Das wollte Helfferich nicht gelten lassen. Er
nahm für seine Partei das Bedienstet in Anspruch, die
Werbeständigkeit der Steuern, die am vollständigsten
ihren Ausdruck in der landwirtschaftlichen Goldmarkabgabe
findet, zuerst angeregt zu haben.

Damals wollten die Deutschnationalen die Güter der
Reichsinteressen spielen, nachdem unter entscheidender Ein-
flußnahme Helfferichs die Regierung Cuno die Finanzwirt-
schaft des Reiches aus Rücksicht auf die Steuerlosen der be-
sitzenenden Kreise immer weiter hatte verkommen lassen.
Heute erklären sie dagegen diese Steuern für ein sozial-
istisches Experiment und berufen sich auf die republikani-
sche Verfassung, die den „Reich“ sichern soll! Heute orga-
nisieren sie den Widerstand gegen die „Staatsautorität“,
von der sie sonst zu schwächen lieben, organisieren sie, wieder
unter Mitwirkung Helfferichs, offen die Ausschöpfung
der eben mit ihren Stimmen beschlossenen Steuern. Sie
handeln ganz im Geiste der englischen Hochkirche, von der
Karl Marx einmal sagte, sie würde lieber auf neun Zehntel
ihrer Glaubensartikel als auf ein Zehntel ihrer Einkünfte
verzichten!

Mit Recht weist die „Nationalliberale Korrespondenz“
darauf hin, daß die Deutschnationalen, die nach einer „Dik-
tatur“ rufen, sich in Wirklichkeit schon der Diktatur von
Graefes unterworfen haben. Nach ihm bedeuten die
neuen Steuern einen Triumph „Alljudas“, das sich, mit
gütlicher Unterstützung der Deutschnationalen, auf die Ver-
trags- und Bodentwerte von Industrie, Handel, Gewerbe
und Landwirtschaft stützt, um sie zu mobilisieren und der
Wörterwelt preiszugeben. Er verlangt unverhüllt genug
Steuerfabrikation, Reichstagsauflösung und gewaltige
Protestaktionen gegen die ganze parlamentarische Richtung.
Die Deutschnationalen mit ihren Landhändlern folgen im
Trotz den Völkischen, die nach Vereinigung mit den Kom-
munisten streben, um die demokratische Republik zu zer-
schmettern.

Moskau braucht „Aktionen“.

Es ist das Unglück der deutschen Arbeiterbewegung, daß der
kommunistische Teil trotz vieler trüber Erfahrungen nicht begreift,
daß die Bolschewisten eine rein national-russische
Politik treiben und keine internationale sozialistische. Von
Moskauer Scheinsozialismus und Scheinerfolgen gedenkt, jenseit
darum die deutschen Kommunisten nicht, daß die Plaghalter des
Zarismus in Moskauer Kreml immer dann eine erhöhte revo-
lutionäre Tätigkeit der deutschen Sektion der kommunistischen
Internationale befehlen, wenn sie den Blick der Welt und be-
sondern den des russischen Volkes von sich ablenken müssen. So
beim Osterputz, um die Niederlage in Polen etwas zu verdecken, so
auch jetzt wieder, um den starken Zerfall der russischen
Kommunistischen Partei aufzuhalten, deren Zerfalls-
erscheinungen selbst aus den sorgfältig zurechtgestrichenen offiziellen
Rechenschaftsberichten des Zentralkomitees und aus Artikeln der
sowjetkammischen „Pravda“ hervorgeht. Blutbäche in Deutsch-
land sollen dem faulenden russischen Parteipöbel neue Säfte
aufspritzen.

Einem vom Zentralkomitee der russischen Kommu-
nistischen Partei herausgegebenen Rechenschaftsbericht ist
zu entnehmen, daß die Zahl der Parteimitglieder zu Anfang des
Jahres 1923 nur 78 900 betrug. Im Vergleich mit dem Beginn
des Jahres 1922 hat sich die Zahl vermindert, und zwar
um 29 000. Die Zahl der Parteimitglieder war bis 1920 im
Aufsteigen begriffen, in dem genannten Jahr erreichte sie 600 000,
dann begann der Rückgang. Im letzten Jahre wären von den
Neuaufgenommenen nur 12,3 Prozent Arbeiter, die
übrigen sind bezeichnet als Bauern (10,6 Prozent), Staats-
angestellte (40,9 Prozent), Offiziere und Kriegsschüler der Roten
Armee (22,1 Prozent), Handwerker usw. Die Sowjetbeamten und
die Offiziere ergeben zusammen zwei Drittel aller Neuauf-
genommenen.

Die „Pravda“ bespricht aufs neue gewisse Verfalls-
erscheinungen innerhalb der Partei. Die Einheitlichkeit und
die Kraft der Partei leide sowohl durch den physiologischen Rück-
schlag, der sich in Ermüdung und Schwäche zu Stande
vieler Mitglieder zeige, als auch durch die intensive Verührung
mit den Bourgeois-Elementen, die sich durch den neuen Kurs
ergeben habe. Warnend weist das Blatt auf die Ungleichheit be-
treffs der materiellen Versorgung innerhalb der Partei hin. Ge-
streift wird die Gefahr einer Verbureaukratisierung
der Sowjetbeamten, das zunehmende Schiebertum, das
mehrere Skandalprozesse zur Folge hatte.

Zur Beseitigung solcher Gefahren schlägt die „Pravda“ vor,
das Privatleben der Kommunisten ganz und gar auf eine kollekti-
vistische Grundlage umzustellen, Konvikte, gemeinsame Speise-
häuser und dergleichen einzurichten.

Das sind die Vorschläge der „Pravda“ für den Leib. Aber
auch der Geist der russischen Kommunisten braucht, um sie bei der
Stange zu halten, Anregungen. Diese besorgen die Sinowjew
und Genossen aus dem Ausland, besonders aus Deutschland, indem
sie wieder fieberhaft eine Neuaufgabe des blutigen Oster-
putzes von 1921 vorbereiten. Der verfannte Genera-
lstreik sollte den Aufstand bilden, aber die sozialdemokratische
Arbeiterchaft lehnte es ab, durch vom Ausland befohlene
Anstimmigkeiten das Elend des deutschen Volkes, besonders der
deutschen Arbeiter und Beamten, mit vergrößern zu helfen und
blutige Opfer für die russische Agitation zu liefern.

Dieser Putzversuch ist abgeblasen worden, als die Urheber
seine Ausichtslosigkeit erkannten. Doch die „Kteure“ haben eine
Wiederholung angekündigt und werden eines Tages mit neuen
Ueberraschungen aufwarten unter neuen Parolen. Dann hat die
sozialdemokratische Arbeiterchaft wiederum zu zeigen, daß sie sich
nicht um Segen Moskaus in neuen blutigen Wahnsinn hinein-
hehen läßt. Mögen die Bolschewisten „die Ermüdung und
Schwächezustände vieler Mitglieder“, wovon die „Pravda“ so
hübsch offenerzigt schreibt, aus eigener Kraft beseitigen und nicht
dadurch, daß sie die fürchterliche Notlage eines gequälten Volkes
ins ungeheure steigern.

Meldungen von der Ruhr.

Arbeit für Frankreich.

Auf den Begehren des Wülheimer Bergwerksber-
eins sind die Belegschaften unter dem Einfluß der Syndi-
kalisten und Unionisten mit den Franzosen in Verhand-
lungen eingetreten. Eine Abstimmung hat eine Mehrheit dafür
ergeben, zukünftig für die Franzosen zu arbeiten. Der Beschluß
ist unter dem Druck der Syndikalisten und Unionisten zustande
gekommen. Die Bedingungen, die von den Franzosen gestellt
und durch die Abstimmung anerkannt wurden, sind: Die tägliche
Arbeitszeit für Arbeiter unter Tage beträgt 8 Stunden, für
Arbeiter über Tage 10 Stunden. Ferner soll eine Loh-
erhöhung von 20 Prozent bewilligt werden.

Unter dem Schutze französischer Truppen.

Nach einer Sabotage-Meldung aus Düsseldorf hat in Düren
eine Versammlung der rheinischen Sonderbündler
stattgefunden, an der ungefähr 800 Personen teilnahmen. Doktor
Dortzen und Dr. Cremer hätten trotz der Unterbrechungen einiger
Gegner Reden gehalten. Das Stadttheater, in dem die Versamm-
lung stattfand, und die umliegenden Straßen seien von maro-
kanischen Truppen besetzt worden. Es seien einige
Schüsse abgefeuert worden, um einige Gegenmanifestanten zu
erschrecken, die sich jedoch schnell zerstreut hätten.

Nur unter dem Schutze farbiger französischer Truppen wagen
es also die Sonderbündler, ihre auf Auflösung des Rheinlandes
vom Reich gerichteten Bestrebungen fortzusetzen.

Sonderbündler und Arbeiter.

In Andernach fand am 29. August eine Versammlung der
vier sonderbündlerischen Gruppen aller Rheinländer statt. Zur
Diskussion hatten sich zwei Vertreter der Andernacher Ar-
beiterchaft gemeldet. Dem ersten Redner, dem Sekretär
der freien Gewerkschaften, verwehrt man das Wort, da er kein
geborener Rheinländer sei. Als der zweite, ein Vertreter der chris-
tlichen Gewerkschaften, die wirtschaftliche Unmöglichkeit eines selbst-
ständigen Rheinlandes nachwies, wurde ihm schon nach wenigen
Minuten das Wort entzogen. Das Hoch auf den freien Rheinland
wurde von den anwesenden Arbeitern mit einem Hoch auf die
deutsche Republik beantwortet.

Postsperrre im Einbruchgebiet.

Die Franzosen haben seit Montag morgen über das gesamte
Einbruchgebiet aus unbekanntem Gründen eine achtstägige
Postsperrre verhängt.

Deutsche sollen Wachen stellen.

Von den Franzosen ist ein Befehl für die besetzten Gebiete
von Rheinhesien, Kreuznach und der Nahe erlassen worden, in
dem von der deutschen Verwaltung die Ueberwachung nicht nur
der Bahnübergänge und fast sämtlicher Bahnhöfe (auch der Güter-
bahnhöfe), sondern auch der Straßen verlangt wird.

Diese vermehrte Ueberwachung würde ein vielhundertköpfiges
Personal und die tägliche Ausgabe von vielen Millionen not-
wendig machen. Die Franzosen haben den Gemeinden im Weige-
rungsfall die härtesten Sanktionen angedroht, doch haben
sich die Gemeinden bisher ablehnend verhalten.

Keine bedingungslose Kohlenförderung.

An die Belegschaft der Bechen Schlägel und Eisen in Aed-
linghausen war das Ansuchen gestellt worden, Wiederher-
stellungsarbeiten für Italien zu fördern. Die Belegschaft erklärte
sich grundsätzlich bereit, gemäß den Friedensvertragsverpflich-
tungen gegenüber Italien die Förderung von Kohle aufzunehmen;
jedoch werden folgende Forderungen gestellt: Freigabe der
Hamm-Ärtfelder Straße bis Winnen; Freigabe der Schacht-
anlagen Schlägel und Eisen 5 und 6 und Wumenthal 5; Kon-
trolle der Kohlentransporte durch die italienischen Ge-
werkschaften; Freigabe der Deputatshöhle und keine Ein-
mischung der Franzosen in den Betrieb sowie Freigabe der Kohn-
eider.

Notizen.

Rückzug der Reichsbank im Falle des Betriebs-
Großmann. Das Reichsbankdirektorium teilt mit: „Die von
Vorständen der Ferienkammer beim Landgericht 3 bei der Urtei-
lung bekanntgegebenen Gründe, aus denen das Landgericht zur
weisung der Klage der Reichsbank gegen den Betriebsrat Groß-
mann gelangt ist, erscheinen in sich widerspruchsvoll und nicht geeignet,
den Urteilspruch zu rechtfertigen. Trotzdem hat sich das Reichsbank-
direktorium entschlossen, von der Einlegung der Berufung beim Pro-
zess abzugehen, weil bis zur Entscheidung der Berufung ungenü-
gende Zeit vergehen würde, die endgültige Erledigung der Angelegenheit aber
im Interesse des Arbeitsfriedens so lange nicht hinausgeschoben wer-
tann.“ Diese gewundene Erklärung will besagen, daß Großmann
wieder in den Dienst eingestellt worden ist.

Polnischer Terror. Die erste Aufführung der Dramatischen
Vereinigung von Königshütte wurde von 50 ehemaligen polnischen
Kriegsgefangenen gestört. Die Theaterbesucher wurden mit Gummis-
knütteln schwer mißhandelt. Einige Personen mußten ins Kranken-
haus geschafft werden. Ein großer Teil der Garderobe wurde von den
Banditen gestohlen.

Verhaftung eines Kapuzisten. In München ist einer der
führenden Teilnehmer am Kapp-Putsch, der Schriftsteller Doktor
Schneider, der sich seit langer Zeit in Bayern verborgen
hielt, verhaftet worden.

Italienischer Fascist in Paris erschossen. Wie die Blätter
melden, ist ein italienischer Anhänger der fascistischen Partei in
Paris von italienischen Kommunisten ermordet worden. Ein
zweiter italienischer Fascist wurde in der Nacht in der Nähe seiner
Wohnung überfallen und schwer verletzt. Auch hier hat die
Polizeiuntersuchung ergeben, daß die Tat von italienischen Kom-
munisten, die von der Regierung Mussolini ausgetrieben worden
waren, verübt worden ist.

Bergarbeiterstreik in Amerika. Eine seit Wochen drohende
Streitgefahr schien im letzten Moment durch Verhandlungen aus
der Welt zu schaffen sein. Nun ist es doch zum Streik von
150 000 Bergarbeitern gekommen. Doch dauern die Verhand-
lungen mit den Besitzern noch an und man hofft, daß sich eine
rasche Beilegung der Streitigkeiten ermöglichen lassen.

Regierungsmehrheit in Irland. Die endgültigen Ergebnisse
der irischen Wahlen ergeben für die Regierungspartei 63,
für die Partei der konservativen Landwirte 15, für die übrigen
verfassungstreuen Fraktionen 16 und für die Republikaner
44 Mandate. Bei insgesamt 153 Mandaten verfügt also die Re-
gierung über 109 Mandate von Parteien, welche die Verfassung
aufrechterhalten wollen.

Depeschen.

Verbote.

Wb. Berlin, 4. September. Die „Note Fahne“, die
„Note Fahne am Montag“, die „Note Fahne“ für Brandenburg,
die „Note Fahne“ für die Lausitz und die „Volkswacht“ für
Mecklenburg und Pommern sind auf Grund des Gesetzes zum
Schutze der Republik für die Dauer von 8 Tagen verboten
worden.

Poincaré wird antworten.

Wb. Paris, 4. September. Wie der „Matin“ zu wissen
glaubt, wird Poincaré in allernächster Zeit auf die Rede Streje-
manns antworten und sich besonders über die Bedingungen
ausprechen, unter denen ein Wirtschaftsbund zwischen
Frankreich und Deutschland möglich sei.

Mussolini braucht keinen Völkerbund.

Wb. Paris, 4. September. „Matin“ zufolge hat Italien
in Paris und London mitteilen lassen, daß es die Kompetenz des
Völkerbundes im italienisch-griechischen Konflikt ablehne. Für die
Nehlung würden drei Gründe angeführt: 1. daß die revolutionäre
griechische Regierung nicht anerkannt sei und nicht als dazu
qualifiziert angesehen werden könne, in Genf zu sprechen, 2. sei
die Angelegenheit Korfu nur die direkte Folge der Janina-Affäre,
durch welche die nationale Ehre Italiens auf dem Spiele stehe.
Diese nationale Ehre beabsichtige Italien zu schützen, ohne sich
behindern zu lassen; 3. werde erklärt, daß die Berufung auf
Artikel 12 des Völkerbundpaktes nur durch eine Kriegsdrohung
gerechtfertigt sei. Nun aber beabsichtige Italien ebensowenig wie
Griechenland Krieg zu führen. Das gehe schon daraus hervor,
daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Italien und Griechen-
land nicht abgebrochen seien. Infolgedessen hat der italienische
Vertreter im Völkerbundrat Salandra den Auftrag erhalten, sich
von jeder Besprechung der italienisch-griechischen Angelegenheit
im Völkerbundrat fern zu halten.

Wie der „Matin“ dazu noch mitteilt, bleibe Frankreich bei
seiner bisher eingenommenen Stellung, nämlich die Lösung des
Konfliktes in die Hände der Völkerverkonferenz zu legen. „Petit
Parisien“ meldet, anscheinend habe der italienische Völkerver-
treter in Paris in einer Unterhaltung mit Poincaré diesem die Versicherung
gegeben, daß Italien sich gern einer von der Völkerverkonferenz
gestifteten Entschliegung unterwerfen werde. In gewissen Völk-
bundskreisen sei man der Ansicht, daß sich der Zwischenfall aus
der Welt schaffen ließe dadurch, daß der Völkerbundrat ein Ver-
fahren einschläge, das er schon einmal bei dem Konflikt zwischen
Rugoslawien und Albanien eingeschlagen hat, daß nämlich der
Völkerbundrat selbst der Völkerverkonferenz mit begründeten
Empfehlungen die Frage zur Entscheidung überläßt.

Aus dem zerstörten Tokio.

Wb. Paris, 4. September. Wie Havas aus Osaka be-
richtet, berechnet der Marineminister allein in Tokio die Zahl
der Toten auf 150 000. Es hat den Anschein, als ob man des
Feuers in Tokio nicht Herr geworden sei. 30 Mitglieder
der Regierungsparteien sind bei dem Erdbeben ums Leben ge-
kommen, während sie eine Sitzung abhielten. Der Fürst Matjuta
ist infolge der erlittenen Verletzungen gestorben. Unter den ein-
gestürzten Gebäuden befinden sich die französischen und die
italienische Botschaft. Von großen öffentlichen Gebäuden, die in
Tokio eingestürzt sind, werden u. a. genannt: die Nationalbank,
das Kaiserliche Museum, die Universität, ein Teil des Kriegs-
ministeriums, zwei Theater und alle Bahnhöfe, mit Ausnahme
des Hauptbahnhofs. Das Stadtgebäude ist unversehrt geblieben.
Alle Fernsprech- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen.
Insgesamt sind in Tokio 200 000 Häuser zerstört, davon
durch Feuer 150 000. Das Feuer hat sich dadurch so sehr aus-
gebreitet, daß die Gasleitungen durch das Erdbeben gesprengt
wurden und in Brand gerieten. Nach einer weiteren Meldung
belaßt sich die Zahl der Flüchtlinge in den Orten Nishiba
und Nagajaka auf viele Tausende. Von Minute zu Minute
kommen neue Flüchtlinge an. Der kaiserliche Palast gleicht
einem Heerlager. Tausende, die Verwandte in Tokio haben,
versuchen trotz der Gefahr in die Stadt zu gelangen. Die Be-
höörden verweigern aber den Zutritt. Alle Leuchttürme sind ein-
gestürzt, wodurch die Schifffahrt sehr behindert wird. Mehrere
Schiffe, besonders die Kelmata-City, die 189 Passagiere an Bord
hat, sind schwer beschädigt. Dampfer sind zur Hilfeleistung
abgegangen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Häblich gefärbte Zähne

entstellen das schönste Antlitz. Unter
Painbrennung wirkt abtötend. So-
wohl weber, sofort in vollkommen un-
schädlicher Weise beseitigt durch die
bewährte Zahnpaste Chlorodont.
Ein Versuch lohnt! In allen Apo-
theken, Drogerien und Parfümerien.

